

Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Gegebenst

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zweimal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sonntags (Morgen- und Abendblatt vereinigt). Sonntags mit der illustrierten Beilage *Zeitschrift für Kunst, Musik, Bild und Leben*. — Umschau — „Literarische Umschau“ — „Für Reise und Wanderung“ — „Technik und Wirtschaft“ — „Fär Reise und Wanderung“ — „Literarische Umschau“

Wöchentlich 1,- Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Ersatz. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 80 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Ullstein & Co., Chefredakteur: Georg Bernhart, Verantw. (nach dem Anst. d. Handl.) Carl Misch, Berlin, Postfach 1000. Druck: Ullstein-Druckerei, Berlin, Postfach 1000.

Belag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein's, Amt Dönhofs 9000-9065, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3688-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 600.

Amerikanische Europa-Politik

Rede Kelloggs in New York

Wie der „Schiffahrt für europäische Beziehungen“ (Council for foreign relations) hielt Staatssekretär Kellogg heute abend eine bedeutende Rede, die sich mit der amerikanischen Politik Amerikas beschäftigte. Kellogg erklärte: „Was ich gefürchtet werden über unsere angebliche Jolliteranz, über unsere Weigerung zur Zusammenarbeit mit anderen Stämmen bei Humanität und weltlichen Fragen. Die Welt jedoch als nicht genügend beschützter Unterirdischer bescheiden.“ Amerikas Ziel ist friedliche Zusammenarbeit stets gesucht, dies solle geschehen, wenn keine Gefahr einer politischen Vermischung in europäische Dinge besteht. Es muß stets bei den technischen Leistungen über Volk, Technologie, Energie, über Landwirtschaftsfragen und an der Optimierung. Amerikas ist auch weiter stets bereit, alle die Konferenzen zu unterstützen, die Handel und Verkehr haben und die den Krieg abzuwenden tendieren.

„Wir können Europa nicht entgegenkommen, aber wir werden uns nie als einen europäischen Staat der Welt und der Gegenwart bezeichnen, die das Weltgeschäft Europas zu führen haben. Die amerikanische Politik hat alle diese Bünde, die sie nur zu rein militärischen und maritimen Rüstungen geführt haben, stets vermieden. Seit Beginn des Krieges muß Europa lokale Streitigkeiten, von den Voraussetzungen des alten militärischen Spielfeldes freigelassen. Was man auch nach den letzten Erfahrungen dieser Bemühungen glaubt, daß Verträge die militärische Rüstung erfordern können, denn der Vertrag ist heute auf neuer Grundlage auf im Europa in einem Vertrag zu einem, der logisch dem Zweckplan, der London- und Paris-Konferenz folgte. Kellogg unterstützte die Verbrüderung weiterer Rüstungen in Europa.“

Kellogg schloß dann die Wirkung der Einzelverträge von Locarno in ihrer bekannten Beschleunigung zwischen allen Vertragschließenden. Im Zusammenhang damit ließ er: „Was hat Amerikas Politik heute mit in und nach Locarno gebracht. Amerikas hat es nicht gegeben, denn es folgte in seiner politischen Linie der Nichtinvolvement in rein politische, rein europäische Fragen. Ganzlich aber nahm das ganze amerikanische Volk gleichmäßigen Anteil und ich eben so wie die übrige Welt über den Erfolg von London und Locarno.“

Zum Schlußproblem erklärte Kellogg: „Wir haben niemand von unseren Schuldnern zum Zahlen gedrängt, aber im Europaischen selbst wollen wir endlich machen, damit sich kein Streit in der übrigen Welt mische. Was unsere Bundesangelegenheiten um den Weltfrieden zu einmüßigen sollen, denn Amerikas offeriert unumbeiräglich 30 Milliarden Dollar für seine eigene Kriegsführung und sich außerdem an die sogenannten Alliierten und die späteren neuen europäischen Staaten 10 Milliarden Dollar aus. Darauf fliegen die amerikanischen Steuern, denn die amerikanischen Bürger sind es, die die Verpflichtung, die ihre Regierung eingang zu vertreten haben.“

Stellvertretend führt diese angespannte ökonomische Lage von der zweiten nichtkriegsartigen Intervention in Amerika — das erste Mal seit dem Krieg in Europa gab, als Amerikas kein Geld an das sterbende Europa gab. Es soll ununterbrochen fließen, weshalb es bis Geld gab oder da es es gab, muß es nun machen, damit diese Summen nicht ins Unendliche erwachsen und die Schuldnern überleben. Alle Weltkriegsangelegenheiten sind mit 10 Milliarden Bedingungen versehen worden, daß eine Basis gefunden werden mußte, um auch den Fremden ihren eigenen Vollen gerecht zu werden. Eine Entscheidung ist unumgänglich, schon um der Schuldner selbst willen, aber jetzt und unsere letzte Einkünfte machen die Schulden den Schuldnern leicht. Mehr 82 Jahre entfernt sich der Vorfall der Alltagspläne, weiter können wir niemand entgegenkommen.“

Die internationale Wirtschaftskonferenz

Rochs'Friedensdienst der „Wossigen Zeitung“

Die Vorbereitungen für die Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz sind heute vom Rat in einer geordneten Sitzung im Sinne der englischen Vorschläge geregelt worden. Der Rat wird in dem vorbereitenden Komitee dieser Konferenz keinen Platz einnehmen, sondern nur die Sachverständigen aus den verschiedenen Gebieten der Wirtschaftskreise benutzen, die lediglich nach ihrer persönlichen Eignung ausgewählt werden sollen, darunter auch Vertreter der Arbeiter und Konsumenten.

Rochs' Regierungsprogramm

Heute gemeinsame Beratung der Parteien

Abgeordneter Dr. Koch, der vom Reichspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt, schloß in seinen Verhandlungen ein ruhiges Tempo ein. Er hat gestern den Parteien angekündigt, daß er ihnen heute schon ein von ihm ausgearbeitetes Wechselsprogramm für die große Koalition vorlegen werde. Das soll in einer Konferenz geschehen, zu der Vertreter aller Parteien eingeladen werden, die sich bereits im Prinzip zu dieser Wechselsbildung bekannt haben, also der Demokraten, des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei, der Preussischen Volkspartei und auch der Weichselvölkerei.

Vielere gemeinsame Besprechung der Fraktionsführer wird gewillkommen als offizieller Sonderhandlung der Weichselvölkerei-Minister Dr. Brauns bekannt. Sintermitt ist, daß Dr. Koch an die Stelle der sozialdemokratischen Verhandlungen, die als Folge der Weichselvölkerei natürlich verdrängt erschienen, eigene Vorschläge treten lassen will. Dabei werden vor allem die sozialpolitischen Programmpunkte die Hauptrolle spielen. Bei ihrer Formulierung wird sich Koch der Sachkenntnis des bisherigen und wahrscheinlich auch zukünftigen Weichselvölkerei-Ministers bedienen.

Es ist nicht anzunehmen, daß schon in der ersten Aussprache eine Entscheidung fallen wird — Richtung und Ziel sind vornehmlich bei Sozialdemokraten und Volkspartei zu verzeichnen, also es auf den ersten Anlauf gelingen könnte, die beiden Parteien zu einer mittleren Linie zu bringen. Die Führer werden überdies nach den Fraktionen berichten müssen. Aber die sachliche Diskussion wird endlich beginnen, und man wird feststellen können, wie weit der gute Wille vorhanden ist, lastige Differenzen auszugleichen, um zur großen Koalition zu gelangen.

Die gefällige Besprechung des Koch, der den Fraktionsführern bei lediglich der Stellungnahme ab, die befragten Parteien sich im Prinzip zur großen Koalition bekennen (denn auf Bildung eines Reichstagsministeriums auf der Basis der großen Koalition lautete der Auftrag des Reichspräsidenten). Gegenüber Zentrum und Demokraten hat der frühere grundsätzliche Bekanntheit zur großen Koalition wiederholt. Die Sozialdemokraten haben sich in sehr freundlichen Worten zur Weichselvölkerei geäußert, die ihre letzten Punkte erwähnen, die sie zur Erörterung gestellt haben, und nach dem Wunsch hinausgesetzt, daß die anderen Parteien sich offiziell zu diesen Punkten äußern bzw. ihre Programmwünsche bekanntgeben mögen. Die Bayerische Volkspartei erklärt ebenfalls — und

ohne Einschränkung — ihre grundsätzliche Bereitschaft, in die große Koalition einzutreten. Bezüglich die Weichselvölkerei-Partei — und das erklärt sich aus ihrer etwas bunten Zusammenlegung — stellt nur Unterstützung von Fall zu Fall in Aussicht. Und dann die Deutsche Volkspartei, im Prinzip geneigt; aber sie hat Bedenken gegen die sozialdemokratischen Forderungen, die aus ihre Forderungen sind, sondern eine Verhandlungsgrundlage, empfohlen von einer Partei, die jeder anderen einen gleichen Anspruch räumt, folgt ersucht.

Gängliche Bedenken, die das wirtschaftliche und sozialpolitische Programm betreffen, sind Sintermitt, die überwinden werden können. Ausgleichsarbeit wird der allgemeine politische Wille sein, der dahinter liegt.

Die Deutschnationalen begreifen die Aussichten Kochs als gering und meinen, daß niemand im Ernst daran denkt, Herrn Koch zum Range zu machen. Sintermitt können die Deutschnationalen mit diesem „Einklang“ wohl nicht zufrieden; Zentrum, Sozialdemokraten und Bayerische Volkspartei haben durch ihre Fraktionsführer bekannt, daß eine Koalition Dr. Kochs ihnen sehr unangenehm wäre, und auch Dr. Scholz hat freundliche Worte gesprochen. Bleiben nur noch die Deutschnationalen selbst, die Weichselvölkerei und die Kommunisten, die die Opposition von morgen bilden werden. Die Erzeugung der Deutschnationalen ist so groß, daß man ans ihr auf eine beträchtliche Vorarbeit schließen muß, es könnte mit dem Rohbrot Koch sehr bald ernst werden, und das muß es auch, wenn die Partei der Wichtigkeit ihrer Entscheidung sich bewußt macht. Es ist die einzige und vielleicht letzte Chance für die Außenkommission einer stabilen Weichselvölkerei in Reichstags- große Koalition etc. . . .

Über ein großes dunkles Fragezeichen. Ein Kabinett des Mitte, das die Deutschnationalen am liebsten sehen würden, kommt nicht in Frage. Weder die Demokraten, noch das Zentrum werden bereit zu sein; darüber gebe man sich keinen Illusionen hin. Ein Verlegenheitskabinett aus einer ungeschicklichen Provisorien, das nach einigen Tagen oder Wochen wieder in der Beratung verabschiedet. Man braucht diese Verhältnisse einer Reihe in Veranlassen nur zu erkennen, um deutlich zu machen, wofür wir kommen werden, wenn Kochs Weichselvölkerei — gleichgültig, ob welcher oder welchen Schritte (weiter) folgt.

Der Fall Schillings im Preußenhause

Der Kultusminister lehnt Wiederberufung ab / Die Redner der Mehrheit gegen Schillings / Heute Abstimmung

Im Preussischen Landtag fand heute mit Spannung erwartete Debatte über den Fall Schillings statt. Eine Abstimmung wurde nach nicht vorgenommen. Die Wiederberufung des ehemaligen Kultusministeriums wird auf heute vertagt worden, und die Entscheidung über die zugunsten des stillen entlassenen Intendanten der Staatsoper gestellten Anträge wird heute gegen 2 U. erfolgen.

Es handelt sich dabei um zwei Anträge der Deutschen Volkspartei und einen Antrag der Weichselvölkerei-Fraktion, der Nationalsozialisten und der Weichselvölkerei-Fraktion. Die Weichselvölkerei-Partei erst hat Staatsministerium, die frühere Entlassung des v. Schillings' zurückzuführen und eine halbjährige Sitzung des entstandenen Konfliktes herbeizuführen. Es verlangt ferner, daß für das Rechnungsjahr 1926 im Kultusrat eine planmäßige Stelle für Musikpflege und eine planmäßige Stelle für Theaterwesen nicht geschaffen werden. Von den Weichselvölkerei wird die Entscheidung des vollen Schillings folgenvermögen gewünscht. 1. Professor v. Schillings wird unangenehm wieder in sein Amt als Intendant der Staatsoper zurückzuführen und eine halbjährige Sitzung für den Fall sind aus dem Etat des Ministeriums zu finden. In der geführten Debatte stellen sich die Redner der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten hinter den Kultusminister Koch, der in einer ausführlichen Rede die Wieder-

berufung v. Schillings' ablehnte. Die Vertreter der Redner setzten sich für die Zurücknahme der Entlassung ein. Die Kommunisten zeigten sich im großen und ganzen wenig interessiert. Die Sprecher für die Mehrheit gegen v. Schillings. Danach ist bei der sich ergebenden Einigkeit der verschiedenen Fraktionen unter sich mit einer Annahme der von den Deutschen Volkspartei und den Weichselvölkerei gestellten Anträge zu rechnen. Der Landtag schloß 450 Abgeordnete. Die Parteien, die gestern für Schillings Stellung nahmen, verfügten insgesamt über 182 Stimmen, während Sozialdemokraten, Zentrum, Demokraten und Kommunisten zusammen 208 Stimmen haben.

Zunächst nahm W. Müller-Berlin (DnL) das Wort. Er betont, daß seine Fraktion den Anträgen der Deutschen Volkspartei zustimmen wird. In der Verwaltung der Oper liegt nicht alles in Ordnung gemessen. Der Grund der Zustimmung liegt aber nicht hier. Der Redner zeigt dann an der Gesamtmitgliedschaft des Herrn v. Schillings die Verbindlichkeit des Intendanten der Staatsoper. Die Herren im Ministerium haben ihre Hände nicht in Reinigung gefolgt. Besonders habe ein Brief den Konflikt verdrängt, in dem ein Ton ausgedrückt wurde, der gegenüber einem Mann wie Schillings durchaus unangebracht war. Es seien im Ministerium Tendenzen am Werke gewesen, die nicht in die Hände des Ministeriums zu bringen und dem Intendanten die Verantwortung für die be-